Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (Prämienverbilligungsverordnung, PVV)

Vom 12. November 2002 (Stand 1. Januar 2012)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf die §§ 2 Absatz 1, 8 Absatz 4, 8a Absatz 2, 9 Absatz 5 Buchstabe b, 11 Absatz 3, 13 Absatz 2 sowie 15 Absatz 1 des Einführungsgesetzes vom 25. März 1996[1)] zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG),

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

[1] Diese Verordnung regelt den Vollzug der Prämienverbilligung für die obligatorische Krankenpflegeversicherung gemäss dem Einführungsgesetz vom 25. März 1996 zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG).

§ 2 Vollzug (§ 2 Abs. 1 EG KVG)

[1] Die Ausgleichskasse Basel-Landschaft (kurz: Ausgleichskasse) ist mit dem Vollzug der Prämienverbilligung betraut.

[2] Der Kanton ersetzt der Ausgleichskasse die Aufwendungen, die ihr mit dem Vollzug der Prämienverbilligung entstehen.

§ 3 Verfahren (§ 8 Abs. 4 Satz 1 EG KVG)

[1] Die Prämienverbilligung wird anhand der Steuerveranlagung festgelegt. In den Spezialfällen gemäss Abschnitt C wird sie im Gesuchsverfahren festgelegt.

1) GS 32.474, SGS 362

§ 3a * Steuerveranlagung (§ 9 Abs. 3 EG KVG)

[1] Die Prämienverbilligung wird anhand der definitiven Steuerveranlagung berechnet und ausbezahlt. Allfällige Differenzen zur massgebenden, rechtskräftigen Steuerveranlagung werden auf Vorlage derselben ausgerichtet.

§ 4 Sozialhilfebehörden *

[1] Die Sozialhilfebehörden sind berechtigt, anstelle der von ihnen unterstützten Personen alle Rechtshandlungen für die Geltendmachung der Prämienverbilligung vorzunehmen.

§ 5 Richtprämie (§ 8a Abs. 2 EG KVG)

[1] Die Richtprämie beträgt: *

a. 220 Fr. im Monat für Erwachsene,

b. 195 Fr. im Monat für jugendliche Erwachsene,

c. 125 Fr. im Monat für Kinder.

[2] Bei Änderungen der Richtprämien informiert der Regierungsrat die zuständige Kommission des Landrates.

§ 6 Auszahlung (§ 11 Abs. 3 und § 13 Abs. 2 EG KVG)

[1] Die Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgt periodisch vorschüssig.

[2] Der Mindestbetrag für die Auszahlung der Prämienverbilligung sowie für deren Rückforderung beträgt 240 Fr. pro Berechnungseinheit und Kalenderjahr. *

§ 7 Meldepflichten

[1] Personen, die Prämienverbilligung beziehen, melden Adressänderungen und Kontowechsel unverzüglich und schriftlich der Ausgleichskasse.

[2] Personen, die Prämienverbilligung beziehen und ins Ausland wegziehen, melden den Wegzug unverzüglich und schriftlich der Ausgleichskasse. *

[3] Die Angehörigen einer verstorbenen Person, die Prämienverbilligung bezogen und eine Berechnungseinheit gebildet hat, melden den Tod unverzüglich und schriftlich der Ausgleichskasse. *

§ 8 Wegzug in einen anderen Kanton

[1] Bei Wegzug in einen anderen Kanton endet der Anspruch auf Prämienverbilligung am Ende des laufenden Jahres.

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

2 Verfahren anhand der Steuerveranlagung

§ 9 Antragsformular

[1] Die Ausgleichskasse stellt folgenden Personen ein Antragsformular von Amtes wegen zu:

a. * Personen, die aufgrund der definitiven Steuerveranlagung des Vor-Vorjahres die Voraussetzungen für eine Prämienverbilligung erfüllen;

b. * Personen, die im Vorjahr volljährig geworden sind und die aufgrund der definitiven Steuerveranlagung des Jahres des Erreichens der Volljährigkeit die Voraussetzungen für eine Prämienverbilligung erfüllen.

c. * ...

[2] Das Antragsformular enthält die Berechnung der Prämienverbilligung.

§ 10 Antrag

[1] Personen, die die Prämienverbilligung beanspruchen wollen, ergänzen das Antragsformular mit den geforderten Angaben, unterzeichnen es und stellen es innert eines Jahres seit Erhalt der Ausgleichskasse zu. *

[2] Versicherte, die in ungetrennter Ehe oder in ungetrennter eingetragener Partnerschaft leben, unterzeichnen den Antrag gemeinsam. *

[3] ...[2)]

3 Gesuchsverfahren

3.1 Allgemeine Bestimmungen

§ 11 Geltungsbereich (§ 9 Abs. 5 Buchst. b EG KVG)

[1] Das Gesuchsverfahren für die Prämienverbilligung gilt für die Personengruppen gemäss den §§ 13 - 18.

§ 12 [3)]

3.2 Personengruppen

§ 13 Zuziehende Personen aus dem Inland

[1] Personen, die aus dem Inland zuziehen, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des dem Zuzugsjahr folgenden Anspruchsjahres ein schriftliches Gesuch um Prämienverbilligung einreichen. *

2) Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.436),rückwirkend ab 1. Januar 2004.
3) Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.436),rückwirkend ab 1. Januar 2004.

[2] Das massgebende Jahreseinkommen für das Anspruchsjahr sowie die Berechnungseinheit richten sich nach der auf § 9 EG KVG angewendeten Steuerveranlagung des vormaligen Wohnkantons. *

[3] ... *

[4] Die Berechnung und Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgen gemäss § 3a. *

§ 14 Zuziehende Personen aus dem Ausland

[1] Personen, die aus dem Ausland zuziehen und nicht der Quellensteuer unterliegen, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des dem Zuzugsjahr folgenden Anspruchsjahres ein schriftliches Gesuch um Prämienverbilligung einreichen. *

[2] Das massgebende Jahreseinkommen im Sinne von § 9 Absatz 1 EG KVG wird für das Anspruchsjahr anhand der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das Vorjahr ermittelt und auf ein ganzes Jahr umgerechnet.

[3] Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG, jedoch basierend auf den Verhältnissen des Vorjahres bestimmt.

[4] Die Berechnung und Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgen gemäss § 3a. *

§ 15 * Quellenbesteuerte Personen

[1] Personen, die quellenbesteuert werden und im Kanton wohnen oder sich aufhalten, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres schriftlich ein Gesuch um Prämienverbilligung stellen.

[2] Sie haben im dem Zuzugsjahr folgenden Kalenderjahr erstmals Anspruch auf Prämienverbilligung.

[3] Das massgebende Jahreseinkommen für das Anspruchsjahr entspricht 70% des Bruttoeinkommens des Vor-Vorjahres. Im ersten Anspruchsjahr wird das im Zuzugsjahr erzielte Bruttoeinkommen auf ein Jahr umgerechnet.

[4] Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG bestimmt.

§ 16 Personen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft

[1] Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft wohnen und nach der Bundesgesetzgebung Anspruch auf Prämienverbilligung haben, können der Ausgleichskasse bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres schriftlich ein Gesuch um Prämienverbilligung einreichen. *

[2] Sie haben im Kalenderjahr, das dem Krankenpflegeversicherungsbeginn folgt, erstmals Anspruch auf Prämienverbilligung.

[3] Der Anspruch erlischt unterjährig auf den Zeitpunkt hin, in dem die Krankenpflegeversicherungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.

[4] Das massgebende Jahreseinkommen für das Anspruchsjahr entspricht 80% des der Kaufkraft im Wohnland angepassten Bruttoeinkommens des vorangehenden Jahres. Im ersten Anspruchsjahr wird das im Jahr des Beginns der Krankenpflegeversicherung erzielte Bruttoeinkommen auf ein Jahr umgerechnet.

§ 17 Weitere anspruchsberechtigte Personen

[1] Personen, die aus übrigen Gründen Anspruch auf Prämienverbilligung erheben, können der Ausgleichskasse das Gesuch um Prämienverbilligung stellen. Das Gesuch ist bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres schriftlich einzureichen. *

[2] Das massgebende Jahreseinkommen im Sinne von § 9 Absatz 1 EG KVG wird für das Anspruchsjahr anhand der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das Vorjahr ermittelt.

[3] Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG, jedoch basierend auf den Verhältnissen des Vorjahres bestimmt.

[4] Die Auszahlung der Prämienverbilligung ist bis zum Vorliegen rechtskräftiger Steuerdaten sistiert.

§ 18 Personen in veränderten Verhältnissen (§ 9a Abs. 1 EG KVG)

[1] Personen, bei denen sich das massgebende Jahreseinkommen oder die Berechnungseinheit verändert hat, können ein Gesuch um Anpassung der Prämienverbilligung stellen.

[2] Das Gesuch ist der Ausgleichskasse schriftlich bis zum 31. Dezember des Anspruchsjahres einzureichen. *

[3] Das massgebende Jahreseinkommen im Sinne von § 9 Absatz 1 EG KVG wird für das Anspruchsjahr anhand der rechtskräftigen Steuerveranlagung für das Vorjahr ermittelt.

[4] Die Berechnungseinheit wird analog zu § 9 Absatz 4 EG KVG, jedoch basierend auf den Verhältnissen des Vorjahres bestimmt.

[4bis] Neugeborene Kinder werden ab Beginn des Geburtsmonats berücksichtigt. *

[5] Die Berechnung und Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgen gemäss § 3a. *

4 ... *

§ 18a * …

§ 18b * …

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

5 Schlussbestimmungen

§ 19 Einspracheverfahren (§ 15 Abs. 1 EG KVG)

[1] Einsprache kann erhoben werden gegen:

a. die Berechnung der Prämienverbilligung auf dem Antragsformular,
b. die vollständige oder teilweise Abweisung der Prämienverbilligung,
c. Rückforderungsverfügungen,
d. die vollständige oder teilweise Abweisung von Gesuchen um Rückforderungserlass.
e. * den Prämienverbilligungsaufschub.

[2] Die Einsprache ist innert 30 Tagen seit Zustellung des Antragsformulars oder der Verfügung schriftlich und begründet der Ausgleichskasse einzureichen.

[3] Das Einspracheverfahren ist parteientschädigungs- und kostenlos. Für das Verfahren gilt im Weiteren das Verwaltungsverfahrensgesetz[4)].

§ 20 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Es werden aufgehoben:

a. die Verordnung vom 3. Oktober 1995[5)] über den Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (Verordnung I zur Prämienverbilligung),
b. die Verordnung vom 3. Oktober 1995[6)] über die Zuständigkeiten beim Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (Verordnung II zur Prämienverbilligung),
c. die Verordnung vom 24. September 1996[7)] über den Zahlungsverzug von Krankenversicherten,
d. die Verordnung vom 7. November 2000[8)] über die Richtprämie für die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung,
e. die Verordnung vom 17. Oktober 2000[9)] über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung im Jahre 2002,
f. der Regierungsratsbeschluss Nr. 1634 vom 16. Oktober 2001[10)] über die Anpassung der Krankenversicherungsprämienverbilligung für 2002.

§ 21 Inkrafttreten

[1] Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

4) GS 29.677, SGS 175
5) GS 32.257, SGS 362.12
6) GS 32.263, SGS 362.13
7) GS 32.564, SGS 362.14
8) GS 33.1405, SGS 362.15
9) GS 33.1361, SGS 362.16
10) Nicht publiziert.

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
12.11.2002	01.01.2003	Erlass	Erstfassung	GS 34.0694
21.12.2004	01.01.2004	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 35.436
21.12.2004	01.01.2004	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 35.436
21.12.2004	01.01.2004	§ 14 Abs. 1	geändert	GS 35.436
21.12.2004	01.01.2004	§ 17 Abs. 1	geändert	GS 35.436
25.10.2005	01.01.2006	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 35.710
28.11.2006	01.01.2007	§ 3a	eingefügt	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 7 Abs. 2	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 2	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 3	aufgehoben	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 4	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 14 Abs. 4	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 18 Abs. 5	geändert	GS 35.1040
28.11.2006	01.01.2007	§ 19 Abs. 1, Bst. e.	eingefügt	GS 35.1040
19.12.2006	01.01.2007	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 35.1105
20.10.2009	01.01.2010	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 36.1213
20.12.2011	01.01.2012	§ 4	Titel geändert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 1, Bst. c.	aufgehoben	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 15	totalrevidiert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18 Abs. 2	geändert	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18 Abs. 4bis	eingefügt	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	Titel 4	aufgehoben	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18a	aufgehoben	GS 37.775
20.12.2011	01.01.2012	§ 18b	aufgehoben	GS 37.775

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	12.11.2002	01.01.2003	Erstfassung	GS 34.0694
§ 3a	28.11.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1040
§ 4	20.12.2011	01.01.2012	Titel geändert	GS 37.775
§ 5 Abs. 1	20.10.2009	01.01.2010	geändert	GS 36.1213
§ 6 Abs. 2	25.10.2005	01.01.2006	geändert	GS 35.710
§ 7 Abs. 2	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 7 Abs. 3	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 9 Abs. 1, Bst. b.	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 9 Abs. 1, Bst. c.	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 10 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 10 Abs. 2	19.12.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1105
§ 13 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 13 Abs. 2	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 13 Abs. 3	28.11.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.1040
§ 13 Abs. 4	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 14 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 14 Abs. 4	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
§ 15	20.12.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.775
§ 16 Abs. 1	20.12.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.775
§ 17 Abs. 1	21.12.2004	01.01.2004	geändert	GS 35.436
§ 18 Abs. 2	20.12.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.775
§ 18 Abs. 4bis	20.12.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.775
§ 18 Abs. 5	28.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1040
Titel 4	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 18a	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 18b	20.12.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.775
§ 19 Abs. 1, Bst. e.	28.11.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1040